

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.9.1928 (No. 215)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Expeditionsleiter E. Kneub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweltlicher Beirathung, und Kontrahentverfahren fällt der Rabatt fort. Die Zeitung erscheint in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Um die Rheinlandräumung

Morgen Kabinettsrat in Berlin
Am Donnerstag fand, wie gemeldet, in Genf die zweite gemeinsame Besprechung der sechs Mächte über die Rheinlandräumung statt, die etwas über zwei Stunden dauerte. Sie soll am Sonntag eine Fortsetzung erfahren, nachdem Briand, der nach Paris zu einem Ministerrat gefahren ist, bis dahin wieder nach Genf zurückgekehrt ist. Wie in Paris, wird sich auch in Berlin das Kabinett morgen, Samstag, versammeln, um zu den in Genf gemachten neuen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

M. Berlin, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Wie in Paris, wird am morgigen Samstag auch in Berlin ein Kabinettsrat stattfinden, und zwar unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Groener als dienstältesten Reichsministers. Entgegen anderslautenden Mitteilungen wird voraussichtlich auch ein Mitglied der deutschen Vorordnung aus Genf zur Berichterstattung eintreffen. Schon daraus geht hervor, wie überhaupt aus der Einberufung des Kabinettsrats, daß in Genf Vorschläge unterbreitet worden sind, die über das hinausgehen, was ursprünglich beabsichtigt worden ist. Mit diesen Vorschlägen wird sich nun das Reichskabinett beschäftigen.

Räumung und Reparationen

In unterrichteten Berliner Kreisen glaubt man, die Genfer Verhandlungen nach den Ergebnissen der Besprechung zwischen Deutschland und den Befahrungsmächten etwas freundlicher und hoffnungsvoller beurteilen zu können. Die Besprechungen haben ein weiteres Gebiet umfaßt, als die am Dienstag und in mehreren Punkten eine größere Annäherung der einzelnen Standpunkte möglich gemacht. Die deutsche Delegation hat an ihrem Standpunkt festgehalten, daß die Räumungsfrage nicht mit der endgültigen Regelung der Reparationen in Verbindung gebracht werden dürfe. Es hat aber den Anschein, daß die Gegenseite, vor allem der französische Außenminister Briand, auf die Verbindung der Verhandlungen über die Räumung und die Reparationen mit dem gleichen Nachdruck besteht wie am Dienstag.

Ferner hat man die Erklärung des Reichszanklers, daß die deutsche Regierung an und für sich bereit sei, mit den Westmächten über die Reparationen zu diskutieren, aufgegriffen und hat — soweit man in Berlin informiert ist — den Vorschlag gemacht, daß Expertenkommissionen eingesetzt werden sollen, die nach der Völkervereinbarung Vorschläge für die endgültige Regelung der Reparationen ausarbeiten sollen. Des weiteren soll auch die Frage einer früheren Räumung der zweiten Zone angeschnitten worden sein. Briand scheint sich die weitere Entwicklung so zu denken, daß die Verhandlungen über die Räumung der dritten Zone nach Genf von Kabinett zu Kabinett in diplomatischem Notenaustausch fortgesetzt und zu Ende geführt werden könne, daß aber in Genf selbst möglichst eine Verständigung über eine frühere Räumung der zweiten Zone erreicht werden solle.

W.B. Paris, 14. Sept. (Tel.) Die Sonderberichterstatter der Pariser Mäler in Genf stellen gleichlautend fest, daß im Laufe der gestrigen Räumungsbesprechungen die Verhandlungen Fortschritte gemacht haben. Nach ihren Veröffentlichungen stehen die Dinge folgendermaßen:

Der Reichszankler habe unter dem Vorbehalt der Zustimmung seiner Kollegen zugestanden, daß Sachverständige die Möglichkeit der Mobilisierung und Kommerzialisierung eines Teils der Dawes-Obligationen prüfen. Der Reichszankler wolle jedoch die Versicherung haben, daß die Arbeiten dieser Konferenz, an der auch deutsche Sachverständige teilnehmen würden, sich rasch vollziehen, damit die Entscheidung über das Ende der Rheinlandbesetzung nicht verzögert werde. In zweiter Linie, so erklärt man, verhandele man über die Kontrolle und pläne die Einsetzung eines Vergleichs- und Feststellungs-ausschusses, der einen interlokalen Charakter tragen solle. Es sei nicht mehr die Rede von Elementen stabiles, also von einseitiger Kontrolle, wie früher. Der Sitz des neuen Ausschusses sei nicht mehr in Rheinlande, sondern in Genf. „Reit Parisien“ berichtet, wenn man sich über die Mobilisierung eines Teiles der Dawesobligationen einig, würde Frankreich und seine Alliierten die Räumung der zweiten Zone schon zum Ende dieses Jahres ins Auge fassen. Was die gesamte Räumung anbetrifft, die der Gegenstand einer sehr klaren grundsätzlichen Erklärung werde, so könne sie erst durchgeführt werden, wenn die ins Auge gefassten Operationen festgelegt seien.

W.B. London, 14. Sept. (Tel.) In einem Bericht des Genfer Berichterstatters des Reuters-Büros heißt es u. a.: Die am Sonntag stattfindende Wiederaufnahme der Rheinlandbesprechungen werde aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Verweisung der verschiedenen Seiten des Problems an einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung enden. Es werde viel von der Schaffung eines Ausschusses zur Prüfung der militärischen Seite des Problems gesprochen. Im allgemeinen sei die Stimmung unter allen an der an der Erörterung beteiligten Delegierten ziemlich hoffnungsvoll.

Die Reform des Schlichtungswesens. Laut „D. L.“ hat der Reichsarbeitsminister die Konferenz über die Reform des Schlichtungswesens auf den 16. Oktober angesetzt. Von Arbeitsnehmerseite werden Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, von Arbeitgeberseite Mitglieder der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an der Konferenz teilnehmen.

Letzte Nachrichten

Deutschland und die französische Wiederaufbauanleihe

M. Berlin, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Aus Frankreich wurde die Mitteilung verbreitet, wonach ein Vertreter der französischen Regierung in Berlin mit den Großbanken Verhandlungen eingeleitet hätte über eine deutsche Beteiligung an der 6 Milliarden Franc betragenden Anleihe für die zerstörten Gebiete. Deutschland solle davon 1 Milliarde aufbringen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß diese Nachricht völlig unbegründet ist.

Die Spritkhebungen im besetzten Gebiet

D. Ludwigshafen, 14. Sept. (Tel.) Über die bereits gemeldeten Schieberereien im besetzten Gebiet mit Spirituosen, bei denen die französischen Gebrüder Bion beteiligt sind, erfahren wir von zuverlässiger Seite folgendes:

Louis Bion, ein etwa im 30. Lebensjahr stehender Mann, gehört zu denen, die innerhalb kurzer Zeit nach Befreiung des Rheinlandes ein Vermögen zusammenraffen konnten. Er kam 1918 mit der Befreiungsarmee nach Worms und war zuerst auf dem Postamt tätig, wo er als Dolmetscher mit der Bevölkerung in Verbindung kam und so seine Verbindungen für später schuf. Später wurde er aus dem Dienst entlassen. Er lebte dann als Kaufmann in Worms auf großem Fuß und schien viel Geld zu verdienen. Die Verhaftung durch die französische Kriminalbehörde erfolgte in London, wohin L. Bion seinen Wohnsitz von Worms verlegt hatte. Bion hat nach den Feststellungen außerordentlich große Mengen Röhre und sonstige Spirituosen in Wagonladungen sogleicher Waren für Befreiungsangehörige geschmuggelt.

Der Betrüger, der zusammen mit seinem Bruder Robert arbeitete, befindet sich im Besitz von Schriftstücken, nach deren Vorzeigen bei der deutschen Zollbehörde ihm die Sendungen jenseits ausbezahlt wurden. Durch den Betrag werden sowohl die deutsche wie auch die französische Zollbehörde schwer geschädigt. Die geschmuggelten Waren wurden in einer Reihe von Städten wie Worms, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart abgesetzt. Nach der inzwischen gegen Stationierung erfolgten Entlassung der beiden Brüder aus französischem Gewahrsam wird sich die deutsche Behörde mit den beiden Brüdern beschäftigen.

Sprengstoffunde in Gdrlich

W.B. Gdrlich, 14. Sept. (Tel.) Zu den von der hiesigen Kriminalpolizei bei Mitgliedern der SPD vorgenommenen Hausdurchsuchungen wird mitgeteilt, daß nur bei einem Mitglied der Partei Sprengstoffe gefunden wurden. Insgesamt wurden beschlagnahmt: 28 Doppeladungen Dynamit, 4 Giftgasbomben (sogenanntes flüssiges Gas in Flaschen), 12 Sprengkugeln mit dazugehörigen Zündschnüren und ferner eine große Menge Infanteriemunition. Eine weitere erfolgte Verhaftung konnte nicht aufrechterhalten werden, so daß nur ein gewisser Dengler wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Haft bleibt.

Der Auswärtige Ausschuss

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, Abg. Scheibemann, hat auf das deutsch-nationale Ersuchen um sofortige Einberufung des Ausschusses mitgeteilt, daß er am Samstag in Berlin feststellen wolle, wann die Genfer Delegierten berichten könnten. Erst danach könne ein Termin für den Zusammentritt des Ausschusses festgesetzt werden.

Bei einer Zusammenkunft der deutsch-nationalen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses berichtete Graf Westarp über seine Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt. Die Anwesenden billigten den vom Grafen Westarp gestellten Antrag auf sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, da die Behandlung des deutsch-nationalen Antrages durch den Abg. Scheibemann die Gefahr einer Verzögerung in sich birgt, hat Graf Westarp das Auswärtige Amt schriftlich gebeten, dem Reichszankler das Ersuchen zu übermitteln, vor weiteren Verhandlungen zwecks Frühlingnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss vorübergehend nach Berlin zurückzukehren.

Das Saager Urteil über die Chorzow-Angelegenheit

Der ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat Donnerstag nachmittag seine Entscheidung in dem deutsch-polnischen Chorzow-Streitfall bekanntgegeben. Die deutsche Regierung hatte in ihrer vom 8. Februar 1927 datierten Klage gefordert, daß die polnische Regierung zum Ersatz des Schadens verurteilt werden solle, der den beiden beteiligten deutschen Privatgesellschaften, den Bayerschen Stickstoffwerken und den Oberschlesischen Stickstoffwerken, durch die widerrechtliche polnische Besitzergreifung der Stickstoffabrik in Chorzow erwachsen ist und daß die Höhe dieser Schadensersatzsumme vom Gerichtshof festgesetzt werden müsse.

In seiner mit 9 gegen 3 Stimmen gefällten Entscheidung hat der Gerichtshof gegenüber dem deutschen Klageantrag dahin erklärt, daß die polnische Regierung verpflichtet sei, an die deutsche Regierung eine der Höhe des entstandenen Schadens entsprechende Ersatzleistung zu zahlen. Die Höhe der Schadensersatzleistung soll erst später durch eine neue Entscheidung des Gerichtshofes bestimmt werden, da dieser erst das sachverständige Gutachten hierüber einholen und sodann die Meinung der Parteiparteien zu diesem Gutachten einholen will. Dem Urteil sind die von der Mehrheit abweichenden Ansichten angefügt, darunter auch diejenigen der beiden nationalen Richter Deutschlands und Polens, Prof. Rabel, Berlin.

Wirtschaftliche Umschau

Die Finanzlage des Reichs — Neue Steuern? — Der Widerstand gegen neue Belastungen

Finanzpolitische Fragen werden in der kommenden Zeit im Vordergrund der Innenpolitik stehen, nachdem das am 1. September begonnene Dawes-Normaljahr den Reichsetat allein mit 1 1/4 Milliarden Reichsmark belastet und für den Etat für 1929, für den weder Überschüsse vorhanden noch Mängel zu erwarten sind, außerdem noch mit erheblichen Mindereinnahmen gerechnet wird. Bereits wird von neuen Steuern gesprochen, also dem Gegenteil der immer wieder angekündigten Erleichterung der Steuerlast, und im Zusammenhang damit werden die Senkungen der Lohn- und Umsatzsteuer, Einnahmen, die bereits vorhanden waren, kritisiert. Erst dieser Lage wieder wurde auf dem deutschen Bankiertag in Köln auf die Notwendigkeit der Schaffung besserer Möglichkeiten der inneren Kapitalbildung, die in weit größerem Umfang notwendig sei als bisher, hingewiesen. Sie wurde als Lebensnotwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft bezeichnet, auf die jetzt schon zu hohe Belastung mit Steuern und Abgaben hingewiesen, und schließlich in einer Entschlieung auf den Kernpunkt eingegangen, die Belastung mit Reparationen, die jede Erholung der deutschen Wirtschaft verhindere. In jedem Jahr soll nun bis auf weiteres Deutschland 2 1/2 Milliarden Reichsmark an Reparationen aufbringen, die Hälfte der französischen Gesamtentschädigung 1871.

In der Öffentlichkeit wird an den bereits aufgetauchten verschiedenen Steuerplänen umfangreiche Kritik geübt. Zu einer Erhöhung der Biersteuer wird ausgeführt, daß nur eine sehr bedeutende Erhöhung namhafte Beträge bringen könne und daß jede Erhöhung von Verbrauchsabgaben auf Massenkonsumartikel noch mehr als eine erhöhte Einkommensteuer in der Richtung der Verteuerung der Lebenshaltung wirke und außerdem auch unsozialer sei, weil ja die Rinderbemittelten für solche Waren einen viel größeren Teil ihres Einkommens ausgeben als die Wohlhabenden. Das Bier werde übrigens in einem nicht kleinen Teil Deutschlands als ein Nahrungsmittel angesehen. Dem Hinweis auf die durchschnittlich günstige Lage der Großbrauereien wird die schwierige Situation der namentlich in Süddeutschland sehr zahlreichen Kleinbrauereien gegenübergestellt. Ferner spricht man von einer Wiedereinführung der Weinsteuer und dem Ausbau des Branntweinmonopols.

Auch die Möglichkeit der Anspannung von Besitzsteuern wird erörtert. Die oben erwähnte Entschlieung des Bankiertages hat mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Kapitalneubildung sich vor allem gegen eine Inkraftsetzung der bereits seit 1922 bestehenden, jedoch bis 31. Dezember 1928 suspendierten Vermögenszuwachssteuer gewendet, deren Gedanke der ist, in einem etwa dreijährigen Zeitraum jeweils den Vermögenszuwachs festzustellen und dann besonders zu besteuern. Es handelt sich hier um eine in der Inflationszeit entstandene Steuer, die in ihrer gegenwärtigen Form für die heutigen Verhältnisse überhaupt nicht brauchbar ist. Aber auch eine Modernisierung würde auf eine gerade unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen sehr bedenkliche Abgabe von Vermögenswerten hinauslaufen und außerdem, da bereits die Einkommensteuer besteht, eine doppelte Abgabe darstellen. Eine nachträgliche Besteuerung der Inflationsgewinne muß an den technischen Schwierigkeiten scheitern und könnte nur in Einzelfällen Erfolg haben, zumal ja viele Inflationsgewinne in der Stabilisierungszeit wieder verlorengegangen sind. Die gleichen Bedenken wie gegen die Vermögenszuwachssteuer werden gegen eine starke Anspannung der Erbschaftsteuer vorgebracht, und nicht anders ist es mit dem Gedanken einer verstärkten Progression der Einkommensteuer, deren Erfolg übrigens auch nicht allzu groß sein könnte, da sie nur verhältnismäßig wenig Staatsbürger treffen würde. Für gewerbliche Betriebe wird die Vermögensbesteuerung einschließlich der Industriebelastung jetzt schon auf 1 Proz. geschätzt, und eine weitere Anspannung für nicht möglich erklärt.

Der im wesentlichen berechtigte Sinn aller dieser Ausführungen ist der, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft, die auf dem Bankiertag (einschließlich der sozialen Abgaben) bereits jetzt auf 70 Proz. des Reingewinns geschätzt wurde, die Grenze des Tragbaren erreicht hat.

und daß eben nur durch Einsparung von Ausgaben dem Reichshaushalt zu helfen ist. Der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Dr. Harden, hat auf einer Beamtentagung in Kassel darauf hingewiesen, daß die Kapitalbildung und der Spartrieb die sorgfältigste Förderung verlangen und deshalb z. B. selbst eine ganz geringe Vermögenszuwachssteuer volkswirtschaftlich ungewinnlich sei.

Die empfindliche Tarifierhöhung der Reichsbahn ist bereits eine neue Belastung, die breite Schichten trifft, und bei der diejenigen die Hauptleidtragenden sind, die bisher 4. Klasse fuhren. Auch die Tarifierhöhung ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß die Aufbringung des Reparationsanteils der Eisenbahn auf alle Fälle sichergestellt werden soll. Ohne die Reparationsleistungen könnte die Reichsbahn sogar einen Abbau der Tarife eintreten lassen, der für unser gesamtes Wirtschaftsleben von wohlthätigster Wirkung wäre. Unmittelbar treffen jeden einzelnen die Personentarifserhöhungen und die neuen Zuschläge für Schnell- und Eilzüge, indirekt müssen trotz der verschiedenen Ausnahmen die neuen um 11 Proz. erhöhten Gütertarife verteuern auf die Lebenshaltung einwirken.

Prompt folgt auch die Erhöhung der Binnenschiffahrtsabgaben auf den künstlichen Schiffahrtswegen, die allerdings nicht die freien Wasserstraßen wie unseren Rhein betrifft. Diese Maßnahme des Reichsverkehrsministeriums wird deshalb als wenig konsequent kritisiert, weil das Ministerium die Erhöhung der Reichsbahntarife vorher zweimal abgelehnt, die Reichsbahn die Wettbewerbsstarke von der Erhöhung ausgenommen hat, aber gerade nicht die Binnenschiffahrtstarife. So würden die An- und Abfahrtsfrachten erhöht und die Binnenschiffahrt beim Wettbewerb mit der Eisenbahn schlechter gestellt. Man hätte durch Niedrighaltung der Binnenschiffahrtsabgaben gerade ein Mittel in der Hand gehabt, die durch Erhöhung der Eisenbahntarife drohende Verteuerung der Produktion wenigstens etwas abzuschwächen. Der jetzige Zeitpunkt sei — wenn auch die verhältnismäßige Niedrigkeit der Schiffahrtsabgaben gegeben wird — aus diesem volkswirtschaftlichen Grund jedenfalls als ungeeignet für die Maßnahme anzusehen.

Verständlicherweise wehren sich alle Kreise gegen neue Belastungen, am wenigsten erfolgreich verhältnismäßig kleine Kreise, wie die gehobenen Angestellten, die in ihrer Mehrheit in der Heranziehung zur Pflichtversicherung in der Angestelltenversicherung und Arbeitslosenversicherung eine solche neue Belastung und keine soziale Hilfe erblicken. Die Neuregelung bedeutet für sie neue monatliche regelmäßige Abzüge vom Gehalt, die sie in den meisten Fällen deshalb empfindlich spüren, weil sie weiter auch ihre Zahlungen an private Versicherungen zu leisten haben, in denen sich der seiner Selbstverantwortung bewußte Angestellte bisher aufgehoben fühlte. Während die Angestelltenversicherung wenigstens eine Gegenleistung im Falle des Erlebens bringt, sehen viele gehobene Angestellten in der automatisch folgenden Heranziehung zur Arbeitslosenversicherung eine neue Besteuerung. Sie erklären, von dem Gehaltsabzug von 4,50 RM (die gleiche Summe hat monatlich der Arbeitgeber aufzubringen) deshalb nichts zu haben, weil sie mit der Wochenrente im Falle der Arbeitslosigkeit in Höhe von 22,05 RM gerade Wohnung, Licht und Heizung zahlen könnten. Sie müßten sich entweder eine Schlafstelle suchen und ihre Sachen verkaufen oder sich um Nebenverdienst in entsprechender Höhe umsehen. Dieser aber wird von der Unterstützung abgezogen, die dann aufhört, es sei denn, daß der Betreffende den Nebenverdienst verheimlicht, d. h. den Staat betrügt.

Vom Heidelberger Institut für Zeitungswesen

Der Lehrplan für das Wintersemester 1928 auf 1929 führt folgende Vorlesungen an: Prof. v. Ehardt: Politische Parteien und Presse der Gegenwart. Prof. v. Ehardt: Handelspolitik. Chefredakteur a. D. Scheel: Probleme und Geschichte des Zeitungswesens. Dr. h. c. Waldkirch: Zeitungsverlag und Betrieb. Prof. v. Hippel: Grundzüge des deutschen Presserechts. Dr. Mannheim: Soziologie der Presse und öffentlichen Meinung. Übungen: Prof. v. Ehardt: Übungen über politische Publizistik. Dr. h. c. Waldkirch: Zeitung und Gegenwart. Chefredakteur a. D. Scheel: Redaktionsführung.

Weiter sind folgende Vorträge vorgesehen: 2. November: Dr. Andler: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Anzeiger. 3. Nov.: Dr. Andler: Vom Stand des Werbewesens in Deutschland. 16. und 17. Nov.: Dr. Hermann Dieß (Direktor des W.D.V.): Die Aufgabe der Nachrichtenbüros. 30. Nov. und 1. Dez.: Dipl.-Ing. Geßel (Chefredakteur der T.U.): Der Einfluß der Technik auf den Pressenachrichtendienst. 14. Dez.: Dr. Arthur Feiler (Frankfurter Zeitung): Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handelsteils. 15. Dez.: Chefredakteur Bradmann (Neues Stuttgarter Tagblatt): Politik in der Zeitung? 11. Jan.: Hel Schmidt (Redakteur der Zeitschrift „Der deutsche Gehalt“): Die Presse der baltischen Länder. 12., 25. und 26. Januar: Prof. Dr. le Coutre: Grundzüge der Betriebswissenschaft. 8. und 9. Februar: Dr. Fluch: Betriebswissenschaftliche Grundlagen des Zeitungswesens.

Weitere Kolloquien von Geh. Rat Prof. Endemann, Prof. Wilhelm Haas (Hochschule für Politik), Prof. Willy Sellbach, Dr. Wolfers (Hochschule für Politik), Privatdozent Dr. A. Weber (Zürich).

Ferner sind vorgesehen: vier öffentliche Vorträge von Reichsminister a. D. Dr. Hermes (Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine), Dr. B. Jänede (Hannoverscher Kurier), Dr. Mulert (Präsident des Deutschen Städtetages), Dr. Felix Comary (Zürich).

Die Probefahrten des „Grafen Zeppelin“

Vorausichtlich Samstag erster Probefahrt
bid. Friedrichshafen, 14. Sept. (Drachter.) Dr. Edener empfing heute vormittag die in Friedrichshafen anwesenden Vertreter der Presse, wobei er u. a. ausführte:

Das Schiff ist morgen, Samstag, fahrtklar, und ich hoffe sehr, daß es möglich sein wird, die erste Probefahrt morgen vorzunehmen, zumal gegenwärtig eine ganz ausgezeichnete Wetterlage zu Probefahrten herrscht. Die Ausfahrbarkeit dieser Fahrt hängt aber lediglich ab von der Möglichkeit, das Schiff aus der Halle zu bringen. Wir arbeiten hier unter ganz ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen. Die Halle ist so eng für das große Schiff, daß für unser Schiff nur ein Spielraum von 65 Zentimetern bleibt und an den Seiten nicht viel mehr. Der Platz hat in seiner Hauptrichtung nur eine Ausdehnung von zwei Schiffslängen und ist rings umbaut. So können wir nur mit größter Vorsicht bei Windstille oder bei ganz leichten Winden aus südwestlicher Richtung das Schiff aus der Halle bringen. Es ist uns deshalb unmöglich, einen bestimmten Tag für die einzelnen Fahrten mit Sicherheit vorher anzugeben. Alle Pressemeldungen, die von solchen Terminen wissen wollen, sind also als apokryph anzusehen. Glücklicherweise sind die meteorologischen Verhältnisse in Friedrichshafen so, daß andere als südwestliche Winde relativ selten sind.

Der Luftverkehr Deutschland-Spanien-Südamerika
W.D.V. Friedrichshafen, 14. Sept. (Vom Sonderberichterstatter des W.D.V.) Wie hier bekannt wird, sind die Verhandlungen über den Luftverkehr nach Südamerika einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts gekommen. Diese Verhandlungen zwischen der Zeppelingsgesellschaft und den Vertretern der spanischen Regierung in der Luftverkehrsgesellschaft „Colon“, die seit Jahren schweben, haben jetzt dazu geführt, daß die spanische Gesellschaft Herrera & Borja einer amerikanischen Fabrik den Auftrag zum sofortigen Bau einer Luftschiffhalle bei Sevilla erteilt hat. Diese Halle wird zwei großen Zeppelinschiffen Raum bieten und damit größer sein als alle bisher bestehenden Hüllen. Sie wird aus Eisenbeton gebaut. Außerdem wird neben der Halle eine Wasserstoffgasfabrik gebaut, mit der bereits begonnen ist. Dieser Auftrag wird vornehmlich von deutschen Firmen ausgeführt. Auch eine Anlage zur Herstellung des neuen Triebgases soll noch hinzukommen, um den Betriebsstoff zu liefern, mit dem die Motoren in Zukunft ausschließlich betrieben werden sollen. Der Bau eines Antriebsmotors wird erfolgen, sobald sich die Erfahrungen mit dem niedrigen Antriebsstoff überblicken lassen, der in Staaten erdriecht wird. Ähnliche Anlagen sollen auf einem Platz 60 Kilometer von Buenos Aires gebaut werden. Damit wird Anfang des nächsten Jahres begonnen werden. Das ganze Projekt ist auf 10-12 Millionen Peseten geschätzt worden. Die Berechnungen haben ergeben, daß dieser Betrag bei einem regelmäßigen Luftverkehr Spanien-Südamerika durchaus in absehbarer Zeit zu amortisieren sein werde.

Von der Völkerbundstagung

Die Personalpolitik des Völkerbundesekretariats

Im Anschluß des Völkerbundes für Budgetfragen übte der norwegische Delegierte Hombro scharfe Kritik an der Personalpolitik des Völkerbundesekretariats, die dazu geführt habe, daß die Großmächte die Büros der Generalsekretäre als Postämter betrachteten. Er stellte einen Antrag, der ermöglichen soll, daß freiverwendbare Posten von Mitgliedern verschiedener Nationalitäten in einem gewissen Turnus besetzt werden.

Der holländische Delegierte von Geyser erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden, ebenso der Generalsekretär Sir Eric Drummond, während der französische Delegierte Reuvelaud die Kritik zurückwies. Drummond stellte fest, daß sich Frankreich und England verpflichtet haben, auf weitere Posten im Sekretariat solange zu verzichten, bis die anderen Staaten eine ausreichende Vertretung darin gefunden haben. Auch Italien und Deutschland seien bereit, die gleiche Verpflichtung zu übernehmen. Er werde zurücktreten, wenn seine Regierung versuchen sollte, seine Tätigkeit zu beeinflussen oder wenn er nicht das Vertrauen der Mitglieder des Völkerbundes besitze. Eine Entscheidung über den Antrag ist noch nicht gefallen.

Wirtschaftsfragen in Genf

Bei der Behandlung des Tätigkeitsberichts des Wirtschafts-Komitees legte Reichstagsabgeordneter Breitheid den deutschen Standpunkt dar. Die von Rumänien vorgebrachten Bedenken gegen einen entschlossenen Zollabbau und die italienische Kritik gegen ein angeblich übertriebenes Eingreifen des Völkerbundes bei Behandlung von Wirtschaftsfragen lehnte er ab. Er erinnerte daran, daß Deutschland mit 16 Staaten Handelsverträge abgeschlossen habe, die alle im Sinne einer Herabsetzung der Zollsätze sich auswirkten, was bei dem deutsch-französischen Handelsvertrag besonders fühlbar in Erscheinung trete. Der Redner forderte mögliche Beschleunigung der Vorarbeiten des Völkerbundes für weitere Kollektivhandelsverträge für bestimmte Warengruppen. Schließlich verlangte er zur Organisation des wirtschaftlichen Friedens vom Generalsekretariat genaue Angaben darüber, ob und in welchem Ausmaß die einzelnen Staaten die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz durchgeführt haben, da bis jetzt erst dreizehn Staaten dem Völkerbundgeneralsekretariat schriftlich ihre Stellungnahme mitgeteilt hätten, darunter zehn mit ganz erheblichen Vorbehalten.

Zum Fall Jakobowski

Nach Wittermeldungen aus Schwerin veröffentlicht der Offizialverteidiger des hingerichteten russischen Kriegsgefangenen Jakobowski, Rechtsanwalt Koch, Schönberg, neuerdings eine Erklärung, in der es heißt: Ich weiß bestimmt, daß der wegen des Mordes an Ewald Rogens verurteilte und hingerichtete Jakobowski völlig, ich unterbreite das Wort „bölig“, unschuldig an dem Mord ist, und daß ihm weder Mitwisserschaft noch Mittäterschaft zur Last gelegt werden kann. Ich flagge Friß Rogens an, am 9. November 1924, abends 5 1/2 Uhr, den Ewald Rogens vorzüglich und mit Überlegung getötet zu haben. — Der Offizialverteidiger stützt diese Erklärung auf eine ganze Reihe von Verdachtsmomenten.

Die Beisetzung des Grafen Brodorsky-Mangan fand Donnerstag nachmittag auf Schloß Annettenhöhe (Schleswig) statt. Ein Kranz des Volkskommissars Tischlerin trug die Inschrift: „Dem unvergeßlichen Freunde und unermüdblichen Vorkämpfer für die Freundschaft unserer Völker.“

Verwaltungsvereinfachung in Thüringen. Eine Meldung, wonach die Geschäfte der thüringischen Rechnungskammer am 1. April 1929 durch den Rechnungshof des Reiches übernommen werden sollen, wird bestritten. Es ist eine Frage, die im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung zwischen Reich und Ländern entschieden worden ist.

Die neue Verfassung im Sinesenverfahren. Bei der neuen in Berlin erfolgten Verfassung in der Kriegsangelegenheitsaffäre handelt es sich um den Direktor des Österreichisch-deutschen Reisebüros in der Taubenstraße 34, Leo Girisch.

Vom deutschen Juristentag in Salzburg

Der öffentlich-rechtliche Ausschuß des in Salzburg tagenden deutschen Juristentages nahm mit 90 gegen 64 Stimmen die Entschließung des Senatspräsidenten Reichert an. In dieser heißt es: „Die Interessen der Rechtspflege machen die Übernahme der Justiz auf das Reich notwendig.“

Der Ausschuß ging eine lebhaft erregte Debatte voraus. Gegen die Übernahme der Justiz auf das Reich wandten sich vor allem die bayerischen Juristen unter Führung des Präsidenten des bayerischen Obersten Landesgerichts. Der Vorsitzende des deutschen Richterbundes, Senatspräsident Reichert vom Reichsgericht, referierte über die Frage, ob Interessen der Rechtspflege die Übernahme der Justiz auf das Reich notwendig machen. Vor dem Umsturz hätten alle Staaten die Justizhoheit als einen Ausdruck der Souveränität ihrer Juristen streng gebüht. Aber man müsse immer mehr erkennen, daß die Justiz in Deutschland nicht auf der Höhe stehe. Die Justiz trägt einen stark konservativen Zug in sich. Eine engere Verbindung der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Justizverwaltung sei nur durch die Übernahme der Justiz auf das Reich möglich. Diese Verwirklichung könne nur etappenweise erfolgen.

Dagegen sprach der Präsident des bayerischen Obersten Landesgerichtes, von Ungner. Er wandte sich gegen eine Erweiterung der Rechte des Reiches. Ein Übergang der Justiz auf das Reich würde zu einer starken Politisierung der Justiz führen. Es würde einmal so kommen wie in Preußen, „wo die gegenwärtige preussische Koalition die Leute unter sich verteilt habe.“ Er empfand es als Treulosigkeit gegenüber Bayern, wenn die Justiz mit Gewalt oder auf trockenem Wege im Reich aufgehen würde. Darunter müßte die Reichsfreiheit leiden. Wenn wirklich der Einheitsstaat komme, dann müßte man sich fragen, wie lange würde er wirklich dauern. Am Schluß der Ungnerschen Rede gab der Vorsitzende Kriebel seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Auserkung Ungners über Preußen doch besser unterblieben wäre. Der preussische Justizminister Dr. Schmidt erklärte, formell Verwahrung gegen die Äußerungen des Herrn von Ungner einzulegen.

Ein neues Memoreverfahren. Auf Ersuchen des deutschen Auswärtigen Amtes ist der frühere Marineleutnant Edermann in Guatemala verhaftet worden, da ihm zur Last gelegt wird, an dem Fall des ersten medienburgischen Memorendes beteiligt zu sein. Da eine Amnestierung nicht in Frage kommt, hat der zuständige Untersuchungsrichter die Auslieferung Edermanns betrieben. Guatemala hat erklärt, daß der Auslieferung stattgegeben werde. Im Gegenfall hierzu hat Holland die Auslieferung des wegen Begünstigung der Angeklagten im Memorendprozess Banier auf einem holländischen Dampfer verhafteten Leutnants a. D. Warnede abgelehnt.

Flugverkehr für das Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat der Deutschen Luftlinie die Genehmigung zur Aufnahme des Flugverkehrs Frankfurt a. M.—Saarbrücken—Paris und zurück, der Société Générale des Transports Aériens (Farman) diejenige zur Aufnahme des Betriebes Paris—Saarbrücken—Frankfurt a. M. und zurück erteilt. Der Betrieb wird am kommenden Montag aufgenommen werden. Damit wird Saarbrücken in den internationalen Luftverkehr einbezogen.

Kurze Nachrichten

Die Thüringer Regierungskrise vor der Lösung? Der Unterhändler für die Regierungsbildung, Prof. Dr. Krüger, erklärte, die Verhandlungen zwischen den bisherigen Koalitionsparteien seien am Donnerstag nicht ganz ohne Erfolg fortgesetzt worden. Es sei zu erwarten, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten in der nächsten Sitzung, die am nächsten Woche stattfinden soll, behoben würden.

Arbeitsbewegung der Werftarbeiter. Die Arbeiter der deutschen Schiffswerften haben, wie aus Hamburg gemeldet wird, den Lohnsatz zum 1. Oktober gekündigt. Nachdem die ersten Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind, ist ein Schlichtungsverfahren eingeleitet worden. Die Schlichtungsverhandlungen finden am 15. September in Hamburg statt.

Der Rheinische Braunkohlenbergbau beantragt Freierhöhung, die mit Wirkung ab 1. Oktober in Kraft treten soll.

Berurteilung italienischer Kommunisten. Das Sondergericht zum Schutze des Staates in Rom verhandelte am Mittwoch gegen 10 wegen revolutionärer Propaganda angeklagte Kommunisten. Fünf Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von 1 bis 4 Jahren verurteilt, während die anderen fünf mangels Beweise freigesprochen wurden.

Die Verhaftungen in Afghanistan. Wie verlautet, ist im Zusammenhang mit der Verhaftung einer Reihe von Mullahs wegen Agitation gegen die Reformen der afghanischen Regierung auch der frühere Gouverneur von Kandahar, Sardar Usman Khan, festgenommen worden.

Verschiedenes

Verhütetes Eisenbahnunglück

Die Reichsbahndirektion Augsburg teilt mit: Donnerstag nachmittag gegen 15 Uhr ritz der Güterzug 7506 bei der Ausfahrt aus der Station Neumünster in der Kurve vor der Donaubrücke ab. Infolge ungenügender Verstandigung der beteiligten Dienststellen wurde der nachfolgende Stuttgarter Schnellzug in Neumünster abgelenkt, in der Annahme, daß sich der abgelenkte Schnellzug des Güterzuges bereits in ihm befände. Der D-Zug 60 konnte durch Haltsignale rechtzeitig gestellt werden, so daß ein Auffuß nicht erfolgte. Er wurde nach Neumünster zurückgedrückt und konnte mit einer Verspätung von 18 Minuten seine Fahrt fortsetzen.

Der Nord im Bremer Eilzug

pr. Berlin, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Der Harburger Landes-Kriminalpolizei ist es, wie die „W. Z.“ berichtet, gelungen, die Persönlichkeit des mutmaßlichen Mörders des Direktors Nordmann festzustellen. Es handelt sich bei dem Verdächtigen um einen 30-jährigen Emil Hop, der sich seit einigen Wochen bei entfernten Verwandten in Harburg aufgehalten hat, dort aber seit Dienstag verschwunden ist. Hop, auf den die Personalbeschreibung ganz genau paßt, ist wegen Diebstahls und Raubes bereits mehrfach und auch mit Zuchthaus verurteilt. Am Dienstag hatten seine Verwandten bei ihm eine Zigarettenpackung gesehen, die nach der Beschreibung mit der des Ermordeten identisch zu sein scheint.

Nord in einem New-Yorker Krankenhaus

Eine Anzahl Verbrecher, unter denen sich ein aus dem Sing-Sing-Gefängnis entlassener Sträfling befand, fuhr mit einem Automobil vor dem im New-Yorker Stadtteil Bronx liegenden Fordhamhospital vor. Unter der Angabe, sie bräuchten einen Verletzten, eilten sie zu dem im Erdgeschoss liegenden Krankenraum für Polizeigeangene. Dort erschossen sie den dienftuenden Polizisten und entliefen in ihrem Automobil. Der Fall erregt in New York das größte Aufsehen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Arbeit des Landtags

Der Badische Landtag hat in der verflochtenen Sitzungsperiode 61 öffentliche Vollversammlungen abgehalten. Nebenher gingen 194 Ausschüsse, davon allein 72 des Ausschusses für den Staatshaushalt. An Eingängen waren zu verzeichnen: 40 Regierungsvorlagen, 3 Initiativanträge, 101 sonstige selbständige Anträge, 18 förmliche Anfragen und 22 kurze Anfragen. Diese Eingänge sind fast restlos erledigt worden. Ferner lagen zur Behandlung 424 Gesuche vor, von denen erledigt wurden: Durch Überweisung zur Kenntnisnahme im bestimmten Sinne 6, durch empfehlende Überweisung 12, im bestimmten Sinne 10, durch Übergang zur Tagesordnung 61. Für erledigt erklärt wurden 257 Gesuche. Auch die übrigen Eingänge haben bis auf zwei ihre geschäftliche Behandlung gefunden.

Die Herbsttagung der D.L.G.

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft wird, wie schon gemeldet, ihre diesjährige Herbsttagung vom 11. bis 17. Oktober in Heidelberg abhalten. Als Standort und Hauptversammlungsraum wird die am Redar gelegene Stadthalle dienen. Außerdem werden Versammlungen im Kollegienhaus und in der Harmonie abgehalten. Die in den zahlreichen öffentlichen Versammlungen von führenden Persönlichkeiten gehaltenen Vorträge tragen der derzeitigen Lage der Landwirtschaft Rechnung. Eine ausführliche Tagesordnung ist durch die Hauptstelle der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin SW 11 Dessauer Straße 14, zu erhalten.

Genossenschaftliche Viehverwertung

In Wehrbach versammelte sich auf Einladung der in der badischen Viehverwertungszentrale, G. m. b. H., Karlsruhe, zusammengefügten landwirtschaftlichen Organisationen, über 500 Landwirte, um über den bisherigen Erfolg auf dem Gebiete der Viehverwertung zu hören und Beschlüsse zu fassen über den weiteren Ausbau im engeren Bezirk. Das einleitende Referat hielt der Vertreter des Verbandes bad. Landw. Genossenschaften, Landwirtschaftsrat Wergel. Ausgehend von der Not der Landwirtschaft und der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser, ging der Referent auf die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Abzuges, speziell des Viehabzuges ein. Er schilderte die bisher in dieser Hinsicht unternommenen Schritte, teils durch Staatshilfe, teils durch Selbsthilfe. Staatshilfe und Selbsthilfe müssen Hand in Hand gehen. Durch Schaffung der badischen Viehzentrale hätten die Spitzenorganisationen eine Selbsthilfeeinrichtung geschaffen. Der Ausbau liege nun draußen an den örtlichen Organisationen. Soll die Verwertung von Erfolg begleitet sein, dann ist vor allem nötig, daß die Landwirtschaft eine ganz bestimmte bezugsfähige Stellung der Organisation gegenüber einnimmt. Erfolg kann auch nur auf dem Wege der Markterwertung und nicht des Festkaufes erreicht werden. Einstimmig wurde der weitere Ausbau der gemeinsamen Viehverwertung beschlossen.

Deutscher evang. Pfarrertag in Karlsruhe

Der Mittwochabend brachte ein Festspiel aus der badischen Reformationsgeschichte, für den Pfarrertag gebichtet von Kirchenrat Hinckel und betitelt „Ambrosius Klarer“. Die Abgeordnetenversammlung des Verbandes Deutscher Pfarrervereine am Donnerstagvormittag wurde durch eine Morgenandacht, die Prälat D. Kählerwein hielt, eröffnet. An der Spitze der Tagesordnung stand ein Vortrag von Lic. Dr. Schmidt, Bonn, über „Studentendienst“, der von Studentenseelforger Kunze aus seinen Leipziger Erfahrungen heraus ergänzt wurde. Schriftführer Pfarrer Kopp erstattete den Jahresbericht, Kirchenrat D. Krper den Kasienbericht. Die Rechnung wurde angenommen und der Voranschlag genehmigt. Schriftleiter D. Wahl berichtete über das Deutsche Pfarrerverband: Das Pfarrerverbandsarchiv soll nach Wittenberg kommen, in der dortigen Schlosskirche eine Lotengedenktafel angebracht und im nächsten Februar eingeweiht werden. Über Kirchensteuerfragen äußerte sich D. Repte. Der nächste Pfarrertag soll in Bonn stattfinden.

Der nordostschweizerische Verband für Schifffahrt Rhein—Bodensee

hielt in Winterthur seine Generalversammlung ab. Der Präsident erstattete Bericht über den Stand der Rheinregulierung vom Bodensee bis Basel. An den Bundesrat wurde eine Resolution abgesandt, die betont, daß die Rheinregulierungsfrage durch die oberste Bundesbehörde wiederum einen Stillstand erfahren hat, und daß die Verschleimung dieser Angelegenheit gerade jetzt dringend geboten ist.

Aus den Parteien

Am Sonntag, den 23. Sept., veranstaltet die Demokratische Partei Nordbadens und der Pfalz in Bad Dürkheim ein Herbstfest. Reichsminister Herr Dietrich wird eine Rede halten, außerdem werden Justizrat Dr. Müller, der Vorsitzende der Pfälzer Demokraten, und der Landtagsabgeordnete Dr. Wolfhard, Mannheim, sprechen. Am vorausgehenden Samstag versammelt sich in Karlsruhe der Geschäftsführende Ausschuss der Partei zu einer Sitzung. Die Tagesordnung sieht nach einem Referat von Reichsminister Dietrich über die politische Lage im Reich eine organisatorische Besprechung, in Sonderheit über die Vorarbeiten zur kommenden Landtagswahl, vor.

Tagungen

Jubiläumstagung des Caritasverbandes. In den Tagen vom 29. September bis 4. Oktober d. J. feiert in Freiburg der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg das 25jährige Jubiläum seines Bestehens. Außer anderen Gegenständen, die auf den Sondertagungen der einzelnen karitativen Fachverbände zur Beratung kommen, behandelt der Caritasverband die wichtigen Fragen der Zusammenarbeit der freien und öffentlichen Jugendwohlfahrtsarbeit, die Aufgaben des katholischen Kinderhilfswerkes und die praktische Caritasarbeit auf dem Lande.

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Schwarzwälder Gasthofbesitzer (Sitz Furtwangen) findet am 19. und 20. September in Furtwangen statt. Derselben geht am 18. September eine Sitzung des Vorstandes und des Reklamationsausschusses voraus.

Gemeinderundschau

Rheinbad Karlsruhe-Kuppenwörth. Der Stadtrat Karlsruhe hat nun die Errichtung des Rheinbades Kuppenwörth beschlossen. Der Kostenaufwand wird sich auf etwa 1 Million Reichsmark belaufen, wovon ein Teil aus Mitteln der werteschaffenden Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt wird. Bezogen ist die Errichtung des Badebassins, sanitäre Anlagen usw. Der Bau eines Restaurationsgebäudes ist noch nicht beschlossen. Das Projekt soll so zeitig in Angriff genommen und fertiggestellt werden, daß der Betrieb in der nächstjährigen Badesaison aufgenommen werden kann. Gleichzeitig hat der Stadtrat beschlossen, die Straßenbahn von Darlanden nach Kuppenwörth auszubauen. Außerdem wurde beschlossen, zur Belämpfung der Schnakenplage eine Vogel-schutzanlage auf der Insel Kuppenwörth zu errichten. Sie soll zur Unterzuchtzwecken benutzt werden und ist später ein Ausbau als Waldschule in Aussicht genommen.

Bürgerausschussvorlagen in Mannheim. Nach einer Pause von etwa zwei Monaten wird der Mannheimer Bürgerausschuss am 19. Sept. seine Arbeiten wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung steht u. a. der schon seit längerer Zeit in Aussicht genommene Geländetausch mit der Allgemeinen Krankenanstalt, durch den eine Erhaltung der Lameyschen Gärten und des als Baudenkmal wertvollen Lameys-Hauses ermöglicht werden soll. — Für das Nationaltheater werden außer den bereits zur Verfügung gestellten 10 000 RM weitere 26 000 RM für die Erneuerung der Bestuhlung und des Fußbodens der Logen des ersten Rang und des Parterres angefordert. Dem Bürgerausschuss ist ferner eine Reihe von Änderungen des am 30. September 1921 zwischen dem Badenwerk, der Stadt Mannheim, der Pfalzwerke A.-G. und der Redar-A.-G. bezüglich der Gründung der Großkraftwerk A.-G. abgeschlossenen Vorvertrages zur Genehmigung zugegangen. Die neue Fassung berücksichtigt u. a. die Änderung technischer und wirtschaftlicher Verhältnisse seit dem Abschluß des alten Vertrages. Das in der Vertragsänderung niedergelegte Kompromiß geht dahin, daß das Großkraftwerk im Maximum etwa 30 Millionen Kilowattstunden vom Badenwerk zu beziehen hat, wozu noch etwa 30 Millionen Kilowattstunden hinzukommen, die das Großkraftwerk aus der Staustufe Wieblingen der Redar-A.-G. zu beziehen gehabt hätte, die aber nunmehr über das Badenwerk zugeliefert werden. Es ergibt sich somit eine Gesamtverpflichtung von 60 Millionen, die unter gewissen Voraussetzungen noch herabgesetzt wird.

Wechsel in der Kurdirektion Baden-Baden. Wie verlautet, hat Kurdirektor von Hochwälder der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß er zum 1. April nächsten Jahres niederzulegen wünscht.

Aus der Landeshauptstadt

Die Landesversammlung des Landesvereins „Badische Heimat“, e. V.

Der Landesverein „Badische Heimat“, e. V., Sitz Freiburg i. Br., hatte auch im Namen des Karlsruher Verkehrsvereins die hiesige Presse am Mittwochabend zu einer Vorbesprechung der diesjährigen Jahresversammlung des Landesvereins „Badische Heimat“ eingeladen, die vom 29. Sept. bis 1. Oktober in Karlsruhe stattfindet. Schriftsteller Erich Busse, Freiburg, stellvertretender Vorsitzende und Schriftleiter des Landesvereins machte wertvolle Ausführungen über die Bedeutung der diesjährigen Jahresversammlung des 13 000 Mitglieder zählenden Landesvereins. Er betonte besonders, daß das diesjährige Jahresfest des Vereins ein äußerst interessantes Werk mit kulturellen und wirtschaftlichen Beiträgen über Karlsruhe darstelle.

Eine geschlossene Sitzung des Landesauschusses im Bürgeraal des Rathauses leitete am 29. Sept. die Tagung ein, eine Festaufführung im Landestheater auf Einladung der Stadt Karlsruhe, „Der Schwarzkünzler“, Schauspiel des badischen Dichters Emil Götli, beschloß die ersten Teil.

Die offizielle Begrüßung durch den Landesvorsitzenden mit internen Beratungen findet am Sonntagvormittag statt, woran sich kurze Referate von Universitätsprofessor Dr. Eugen Feiler, Heidelberg, über „Volkstunde und Großstadt“ und von Erich Busse, Freiburg, über „Heimatbildung“ anschließen. Eine Führung in Gruppen durch das Bad. Landesmuseum, gemeinsames Mittagessen im Kleinen Saal der Festhalle und eine Fahrt nach Durlach mit Spaziergang auf den Turmberg wird für Unterhaltung und Abwechslung der Gäste sorgen, worauf am 30. Sept. ein „Badischer Heimateabend“ im Großen Saal der Festhalle veranstaltet wird. Für Montag, den 1. Okt., sind am Vormittag Führungen durch die Karlsruher Kunstinstitute, Museen und Sammlungen vorgesehen; am Nachmittag wird der Stadt Rastatt und dem Schloß Favorite auf einer Autofahrt ein Besuch abgestattet.

Im übrigen finden im Rahmen der „Karlsruher Herbsttage“ am Mittwoch, den 3. Oktober, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, drei heimatkundliche Vorträge mit Lichtbildern im Kleinen Konzertsaal, und am 8.15 Uhr ein „Badischer Dichtereabend“ im Bürgeraal des Rathauses statt.

Die beschleunigten Personenzüge. Wie nun gemeldet wird, werden die beliebten beschleunigten Personenzüge 998/999 Frankfurt a. M.—Mannheim—Karlsruhe—Freiburg mit ihren Flügelverbindungen 1452/1453 über den Schwarzwald nach Konstanz auch nach der am 7. Okt. eintretenden Tarifreform nicht in Einzüge umgewandelt, sondern auch weiterhin als Personenzüge (ohne die künftig erforderlichen Einlagenausschlüsse) geführt.

Badisches Landestheater. In der Neueinstudierung des Dramas „Und das Licht scheint in der Finsternis“ von Leo Tolstoi, das am Samstag, dem 15. September, in Szene geht, wird von den neuen Mitgliedern des Schauspielhauses außer den Herren Just und Vorkfeld, die sich unserm Publikum bereits vorzüglichen Gelegenheiten hatten, Melotte Schreiner zum ersten Male in unserem Ensemble mitwirken. In den übrigen Hauptrollen sind tätig die Damen Vertram, Ermarth, Frauendorfer, Willer, Biegler und die Herren Vorkfeld, Dahlen, Verz, Höder, Just, Prüter, Schulze und Graf.

Colosseumtheater. Die erfolgreichen Berliner Neubach-Revue: „Ohne Reich — tut mir leid!“ beschließt am heutigen Freitag ihr hiesiges Gastspiel, die beim Publikum so sehr beliebte Künstlertruppe erntet allabendlich stürmischen Beifall. Der zahlreiche Besuch ist ein Beweis für die besondere Zugkraft dieser Revue.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwarte Karlsruhe. Das sehr stabile europäische Hochdruckgebiet hat sich seit gestern weiterhin verstärkt. Hauptächlich über Skandinavien ist der Druck fast gestiegen, während der Ausläufer über der Nordsee nunmehr ausgebreitet ist. Ein Abbruch der Hochdruckverhältnisse ist für die nächsten Tage kaum in Aussicht. Wetternachrichten für Samstag: Fortbauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Wintersdorf (bei Rastatt), 14. Sept. Große Aufregung herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung wegen der erfolgten Verhaftung des ledigen 34 Jahre alten Monteurs Friedrich Einloth aus Malsch (bei Ettlingen). Der Verhaftete wollte angeblich eine Dollareibschafft gemacht haben und hat daraufhin schon ein großes Leben geführt und verschiedene Geschäftsleute aus der ganzen Umgebung um beträchtliche Kredite angegangen. Nun hat sich das ganze als Schwindel herausgestellt.

D. J. Freiburg, 18. Sept. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Freiburg wurde heute gegen neun Widenholer Bürger, die im April d. J. unter der Anklage des Aufruhrs, der Gefangenenerleichterung, Beamtenbeleidigung, Körperverletzung usw. gestanden hatten, in der Berufung verhandelt. Sieben davon hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt, in zwei Fällen war die Berufung von der Staatsanwaltschaft ausgegangen. In einer Novembernacht hatten 10 junge Widenholer zwei auswärtige Burden verprügelt und sollten deshalb verhaftet werden. Aber die Verhaftung geriet die Bevölkerung in Widenhol in große Erregung, und am 14. November v. J. kam es, als einer der Verhafteten abgeführt werden sollte, zu einem großen Aufruhr, in dessen Verlauf die Menge gegen die Gendarmereibeamten eine drohende Haltung einnahm und den verhafteten Landwirt Jöhner mit Gewalt befreite. Das damalige Urteil lautete auf sechs bzw. acht Monate Gefängnis. In der heutigen Berufungsverhandlung wurde die Berufung der Staatsanwaltschaft als unbegründet verworfen. Bürgermeister Koch, der sich unter den Angeklagten befand, hatte versucht, die Erzeße abzuwenden. Ebenso wurden zwei weitere Teilnehmer, Jöhner und Giese, freigesprochen. Der Angeklagte Müllin erhielt wegen öffentlicher Beleidigung an Stelle der vom Schöffengericht ausgesprochenen Gefängnisstrafe von zwei Wochen 100 M Geldstrafe. Bei den übrigen Angeklagten Wähler, Max Müller, Oskar Müller, Schmidt, Trefflein wurde die Berufung verworfen. Es bleibt bei der vom Schöffengericht verhängten Mindeststrafe wegen Aufruhrs von sechs Monaten Gefängnis. Gleichzeitig beschloß das Berufungsgericht, etwaige Gnadengesuche der Beurteilten zu befürworten, da die begreifliche Erregung, die in Widenhol herrschte, eine so außerordentlich hohe Bestrafung als unangemessen erscheinen lasse. Es soll Strafausschub bei Wohlverhalten und einer Geldbuße gewährt werden.

D. J. Wolfach, 12. Sept. Mehr als 16 Jahre sind es her, seit im mittleren Schwarzwald im Jahr 1912 das letzte große Traktienfest veranstaltet wurde. Für das nächste Jahr ist ein Traktienfest, an dem sich der ganze Bezirk des mittleren Schwarzwaldes beteiligen wird, in Wolfach in Aussicht genommen. Mit den Vorbereitungen wurde bereits begonnen.

D. J. Grafenhausen (Schwarzwald), 12. Sept. Die Staatsbrauerei Rothaus konnte in der vergangenen Woche im gegenwärtigen Geschäftsjahr das 50 000. Hektoliter Bier abgeben. Der Betrieb geht sehr gut. Verschiedene Veränderungen und Vergrößerungen sollen vorgenommen werden.

W. J. Zweibrücken, 14. Sept. Gestern vormittag wurde ein in der Gemartung des Zweibrüder Vorortes Jöheim von einem französischen Soldaten angefallen. Um das Mädchen einzuschüchtern, feuerte der Soldat mehrere Revolverkugeln ab und suchte es zu vergewaltigen. Auf die Hilferufe der Überfallenen eilten aus dem nahen Steinbruch Männer herbei, worauf der Soldat flüchtete. Ein Soldat, der einen Einbruch bei einem Optiker verübt und auch eine französische Kasse um 1200 Franken bestohlen hatte, wurde festgenommen.

bid. St. Gallen, 12. Sept. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen beantragte beim Großen Rat den Ausbau der St. Gallenischen Rheintorrekation nach dem Projekt der Rheinbauabteilung, und zwar soll dieser so rasch als möglich geschehen, um weitere Einfälle des Rheins auf das Gebiet von St. Gallen zu verhüten. Die Kosten dieser Korrektation sind auf 3,2 Millionen Franken veranschlagt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Sept.		13. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.03	168.37	168.04	168.30
Kopenhagen 100 Kr.	111.81	112.03	111.80	112.02
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.33	20.37	20.335	20.375
New York . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1925	4.2005
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	80.67	80.83	80.69	80.85
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.055	59.175
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.446	12.422	12.446

Staatsanzeiger

Dem katholischen deutschen Frauenbund in Köln wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 12. September 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Köhlerbach

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:

Gendarmereioberstleutnant Albert Dieck in Karlsruhe.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Gendarmereioberwachmeister Albert Bösch in Etschach.

Geschäftliches

Am 5. Oktober findet die Ziehung der Forzheimer Kirchenbaulotterie garantiert ohne Verlegung statt. Die durch Zuwanderung rasch gewachsene Gemeinde in Forzheim ist trotz großer Opferwilligkeit leider nicht in der Lage, die Kosten für den dringend nötigen Kirchenbau aus eigenen Kräften aufzubringen, da die Bevölkerung durchweg sich aus ärmeren Kreisen zusammensetzt. Eine Unterstützung dieser Kirchenbaulotterie ist daher — schon ihres edlen Zweckes halber — dringend zu empfehlen.

Der Absatz der Lose hat bereits eine erfreuliche Silbberbereitschaft aus allen Teilen des Landes und über die Landesgrenzen hinaus gefunden. Mit Rücksicht auf den nahen Ziehungstermin und den geringen Lospreis von 50 Pf. dürfte wohl mit einer weiteren raschen Steigerung der Nachfrage und mit einem baldigen Ausverkauf zu rechnen sein.

12 500 RM werden verlost, nur Gelbgewinne bar ohne Abzug, darunter ein Höchstgewinn von 5000 RM, was bei dem geringen Lospreis von nur 50 Pf. eine sehr hohe Gewinnchance bedeutet. — Alles Nähere siehe Inzeratenteil.

Die Württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918. Herausgegeben von General S. Klaisch. Band 48: Das Württ. Feldartillerieregiment König Karl (1. Württ.) Nr. 13 im Weltkrieg 1914-1918. Von Dr. Hermann Panten, Major a. D. Mit 76 Abbildungen, 35 Gefechts- und Übersichtsskizzen als Anlage. 224 Seiten Großformat. In Halblein mit vierfarbigem Umschlag, geb. 10 M. Chr. Welter A.G., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Das Buch ist mit einer Reihe von Zeichnungen ausgestattet, die von einem Offizier des Beurteilungskomitees unter dem Eindruck der Ereignisse ausgeführt wurden und denen daher geschichtlicher Wert zugesprochen werden muß, auch sonst hat der Verfasser sich bemüht, die Abbildungen so abwechslungsreich wie möglich zu gestalten.

Zeitschriftenschau

Elegante Welt. Als ein Vorbote des Herbstes erscheint soeben die neueste Nummer der „Eleganten Welt“, die die ersten interessanten Enthüllungen über den neuen Modestil der kommenden Saison bringt. Das Gebot der Harmonie der einzelnen Zubehöreile des Anzugs zueinander und andere wichtige Gebote des guten Geschmacks auf dem Gebiet der Damen- und Herrenmode, die für die neue Mode wieder ganz anders lauten, werden in fesselnd geschriebenen Artikeln näher beleuchtet und an hand illustrativer Beispiele erläutert. Preis 1 M. (Verlag Dr. Sells-Engler, Berlin.)

Badisches Landestheater

Spielplan vom 15. September bis 25. September 1928.

a) Im Landestheater:
Samstag, 15. Sept. * G 1. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Zum 100. Geburtstag von Leo Tolstoi: *Neueinstudiert: Und das Licht scheint in der Finsternis.* Drama von Tolstoi. 20 bis nach 22 (5 M).
Sonntag, 16. Sept. * A 2. Th.-Gem. 401-500. Neueinstudiert: *Hoffmanns Erzählungen.* Phantastische Oper von Offenbach. 19½ bis nach 22 (8 M).
Montag, 17. Sept. Keine Vorstellung.
Dienstag, 18. Sept. * B 2. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). *Schinderhannes.* Schauspiel von Judmayer. 19½ bis gegen 22½ (5 M).
Mittwoch, 19. Sept. C 2. Th.-Gem. 501-600. *Armidia.* Oper von Gluck. 20-22 (7 M).
Donnerstag, 20. Sept. D 2 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 601-700. *Der Londoner verlorene Sohn.* Schauspiel von Schatepeare. 19-22 (5 M).
Freitag, 21. Sept. F 2 (Freitagmiete). Th.-Gem. 701-800. *Hoffmanns Erzählungen.* Phantastische Oper von Offenbach. 19½ bis nach 22 (7 M).
Samstag, 22. Sept. B 2 Th.-Gem. 1001-1100. *Schinderhannes.* Schauspiel von Judmayer. 19½ bis gegen 22½ (5 M).

Sonntag, 23. Sept. G 2. Th.-Gem. 801-900. *Die heilige Ente.* Oper von Gál. 19½ bis nach 22½ (8 M).

Montag, 24. Sept. Volksbühne 1. *Schinderhannes.* Schauspiel von Judmayer. — Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19½ bis gegen 22½ (5 M).

Dienstag, 25. Sept. A 2. Th.-Gem. 901-1000. Zum ersten Male: *Von morgens früh bis mitternachts.* Schauspiel von Georg Kaiser. 20 bis gegen 22½ (5 M).

b) Auswärtige Gastspiele:
Dienstag, 18. Sept. In Baden-Baden: *Hoffmanns Erzählungen.*
Samstag, 22. Sept. In Baden-Baden: *Der Rosenkavalier.*

Umtausch für Inhaber von Buchstücken Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6283. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Baldtrape, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Goldschuh, Berberplatz 48, Tel. 503.



Badisches Landestheater Karlsruhe

10 Sinfoniekonzerte 1928/29

Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips

Gastdirigenten: Felix Weingartner, 28. Januar; Arthur Bodanzky, 6. Mai

Auswärtige Solisten: Prof. Carl Flesch, 1. Oktober; Prof. Paul Weingarten, 22. Oktober; Prof. Arthur Schnabel, 5. November; Julius Weismann, 3. Dezember; Alexander Tscherepnin, 7. Januar; Hans Bassermann, 28. Januar; Wilhelm Backhaus, 18. Februar; Bela Bartok, 11. März

Konzert	Datum	Dirigent	Componist	Werk
I. Konzert	Montag, 1. Oktober 1928	Prof. Carl Flesch	Bach:	Brandenburgisches Konzert Nr. 2
			Beethoven:	Solisten: Voigt, Kämpfe und Lahn Violinkonzert
			Mozart:	Jupitersinfonie C-Dur
II. Konzert	Montag, 22. Oktober 1928	Prof. Paul Weingarten	Schubert:	V. Sinfonie B-Dur
			Liszt:	Klavierkonzert Es-Dur
			Rich. Strauß:	Till Eulenspiegel
III. Konzert	Montag, 5. November 1928	Prof. Arthur Schnabel	Brahms:	Klavierkonzert B-Dur
			Bruckner:	VII. Sinfonie E-Dur
IV. Konzert	Montag, 3. Dezember 1928	Julius Weismann	Strawinsky:	Sacre de Printemps (Erstaufführung)
			Weismann:	Klavierkonzert (Uraufführung)
			Draseke:	Sinfonia tragica (Erstaufführung)
V. Konzert	Montag, 7. Januar 1929	Alexander Tscherepnin	Lopatinoff	I. Sinfonie (Uraufführung)
			Tscherepnin:	Klavierkonzert (Erstaufführung)
			Mahler:	IX. Sinfonie (Erstaufführung)
VI. Konzert	Montag, 28. Januar 1929	Gastdirigent Felix Weingartner Hans Bassermann	Weingartner:	V. Sinfonie
			Mozart:	Violinkonzert G-Dur
			Beethoven:	VIII. Sinfonie F-Dur
VII. Konzert	Montag, 18. Februar 1929	Wilhelm Backhaus	Haydn:	Sinfonie Es-dur Nr. 3
			Beethoven:	Klavierkonzert G-Dur
			Brahms:	I. Sinfonie C-Moll
VIII. Konzert	Montag, 11. März 1929	Bela Bartok	Steidel:	Orchesterstück
			Bartok:	Rhapsodie für Klavier und Orchester
			Schubert:	VII. Sinfonie C-Dur
IX. Konzert	Montag, 8. April 1929		Mozart:	Nachtmusik
			Spohr:	Gesangszene
			Beethoven:	Solist: Voigt VII. Sinfonie A-Dur
X. Konzert	Montag, 6. Mai 1929 in der Festhalle	Gastdirigent Arthur Bodanzky	Mahler:	II. Sinfonie C-Moll
			Solistinnen:	Else Blank und Magda Strack
			Mitwirkende Chöre:	Bachverein, Singchor u. Hilfschor des Badischen Landestheaters

Platzmiete für 10 Konzerte, zahlbar in 2 Raten:

	1. Rate (sofort)	2. Rate (1. I. 29)	Sa.
Balkonfremdenloge	18 RM	12 RM	30 RM
I. Rangloge und Balkon	18 "	12 "	30 "
Parterrefremdenloge	16 "	11 "	27 "
Sperrsitze I. Abteilung	16 "	10 "	26 "
Sperrsitze II. Abteilung und Parterreloge	14 "	9 "	23 "
Sperrsitze III. Abteilung und II. Rang	12 "	8 "	20 "
III. Rang	10 "	7 "	17 "
IV. Rang	6,50	4,50	11 "

Vorauszahlung der Gesamtmiets gestattet. Die Tagespreise sind jeweils bis zu 50 % höher. Vorrecht der vorjährigen Mieter vom 17. IX. 1928 bis 21. IX. 1928

Anmeldung neuer Platzmieter vom 25. IX. 1928 an

Badische Lichtspiele Konzerthaus

Samstag, d. 15. bis Mittwoch, d. 19. Sept. auch Sonntag, jeweils 20.15 Uhr

Samstag, Sonntag und Mittwoch auch 16 Uhr

Neuaufführung 894

„Soll u. Haben“

nach dem bekannten Roman von Gustav Freytag.

Musikbegleitung.

Kartenvorverkauf: Musikh. Fritz Müller, Kaiserstraße.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Berein Genesungsfürsorge

(Großherzog-Friedrich-Jubiläums-Gewende.)

Die Mitglieder des Vereins Genesungsfürsorge werden zu einer

Mitgliederversammlung

gemäß §§ 4-7 und § 8 Abs. 1 der Satzungen auf **Sonntag, den 23. September 1928, mittags 12 Uhr**, in das Genesungsheim Sand, Amt Bühl (Postauto ab Bühl 10.50 Uhr, ab Baden-Baden 10.10 Uhr) eingeladen.

Tagesordnung:

- Bericht über die Vereinsaktivität und Rechnungsergebnisse der letzten 3 Jahre.
- Wahl von 5 Mitgliedern des Landesauschusses
- Änderung der §§ 5 u. 8 u. Streichung des § 14 der Satzungen.

Karlsruhe, den 14. September 1928.

Der Vorsitzende des Landesauschusses:

Dr. Karl Glöckner.

Druck G. Braun, Karlsruhe



Leipheimer & Mende

ALLEINVERKAUF

Mit beispiellosem Erfolge haben sich diese Schnittmuster durchgesetzt. Unsere Sonder-Abteilung für Schnittmuster zeigt ca. 1000 Schnittmuster-Modelle, sie hilft Ihnen bei der Auswahl des Stoffes und ist in der Lage, Sie in Fragen über die Mode von morgen bestens zu beraten

Für die tägliche Körperübung der Frau

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Luise Neyberu. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seit. mit 37 Abb. v. Hedwig Carlsson. I. Tafel. 1,50 RM.

AUS DEM INHALT:

- Allgem. Ziele und Vorbedingungen für die tägl. Körperübung der Frau
- Die tägliche Übungsfolge:
- 1. Der Zweck der einzelnen Übungen
- 2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungstafel und 37 Abbildungen)
- Frottierübungen
- Winke für besondere Verwendung von Übungen
- 1. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen
- 2. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden
- 3. Ergänzungsübungen
- Anhang: Vergrößerte Übungstafel

Diese Übungsfolge bedeutet kein neues System, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.



Badisches Landestheater

Samstag, 15. September * G 1. Th.-Gem. 401-500

Zum 100. Geburtstag von

Leo Tolstoi

Neueinstudiert

Und das Licht scheint in

der Finsternis

Drama von Tolstoi

Anfang 20 Ende n. 22

Preis A (0,70-5,00)

So., 16. Sept., neueinstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Di., 18. Sept., Schinderhannes

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr

Abschiedsvorstellung

REVUE

Ohne Kleidut mir leid!

Voranzeige.

Samstag, den 15. Sept. abends 8 Uhr

Uraufführung

der neuen Jansen-Jacobs

Revue Für Euer Geld!

Texte: Richard Rillo

Musikalische Leitung: Dr. Hans Kainz

Regie: Rolf Brunner

Dir.: Jansen-Jacobs

Garantiert

Ziehung 5. Oktob. 1928

BAD. GELDLOTTERIE

Pforzheimer Kirchenbau

12500

5000

4000

LOS 50 A 11 STÜCK 5 M

PORTO U. LISTE 30 S

Stürmer O 7 11

POSTSCH. 17043 KARLSTADT U. ALLE LOSGESCHÄFTE

Bauarbeitenvergebung.

Für den Ausbau des ehem. Langguth'schen Anwesens hier sind die erforderlichen Schreiner-, Schloffer-, Maler-, Anstreicher- u. Tapezierarbeiten sowie Holzfußböden zu vergeben.

Die Unterlagen liegen bei uns auf ab Freitag, d. 14. d. M. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bis Dienstag, den 25. d. M., vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen, wo die Öffnung der Angebote stattfindet.

Zuschlagsfrist 14 Tage. Wertheim, 14. Sept. 28.

Bezirksbauamt.